

Ressort: Politik

Bundesregierung plant umfassende Reform des Bleiberechts

Berlin, 04.05.2014, 01:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung plant eine Reform der Regelungen zur Ausweisung straffällig gewordener Ausländer. Dies gehe aus einem Gesetzentwurf zur Reform des Bleiberechts sowie der Aufenthaltsbeendigung vor, berichtet die "Welt am Sonntag".

"Wir wollen die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern und das Ausweisungsrecht vereinfachen", sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl der Zeitung. Deutschland sei ein weltoffenes Land, aber die Gastfreundschaft habe ihre Grenzen. "Wer eine schwere Straftat begeht, muss in sein Heimatland zurück", erklärte Strobl. "Konkret wollen wir das Ausweisungsrecht so vereinfachen, dass es zu einer Ausweisung kommen soll, wenn das öffentliche Ausweisungsinteresse das private Bleibeinteresse überwiegt." Bislang sieht das Gesetz unter anderem erst bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren eine zwingende Ausweisung vor. Der Gesetzentwurf soll laut dem CDU-Politiker noch vor der Sommerpause fertig sein: "Wichtig wird anschließend aber auch sein, dass die Länder die Abschiebungen vollziehen", sagte Strobl.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-34025/bundesregierung-plant-umfassende-reform-des-bleiberechts.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619